

Konservatismus unter den Bedingungen der Spätmoderne

Herausforderungen der deutschen Christdemokratie

Dorian Winter

1. Überfällige Selbstvergewisserung

Die folgenden Ausführungen dienen keiner politisch-philosophischen Aktualisierung der Tradition des Konservatismus. Sie sind ebensowenig eine Apologie oder taktische Anleitung für betroffene Parteien oder ihre Akteure. Die nachfolgenden Gedanken folgen einer vielschichtigen Sorge um die deutsche Christdemokratie in ihrer gegenwärtigen intellektuell-politischen Verfassung. Die deutsche Christdemokratie ist freilich nicht einfachhin kongruent mit dem Anliegen des politischen Konservatismus, aber sie hat in der konsolidierten Nachkriegsordnung dieses politische Anliegen im weitesten Sinne exklusiv abgedeckt. Ihr oblag traditionell die intellektuelle und praktische Verantwortung für den Begriff und die damit verbundene programmatische Ausrichtung und Abgrenzung. Die bisweilen demonstrative Vernachlässigung dieser Verantwortung durch die C-Parteien und ihre Vorfeldorganisationen hat nicht unwesentlichen Anteil am Verlust der faktischen parlamentarischen Exklusivrechte an konservativen Denkformen. Die Vernachlässigung war durchaus nachvollziehbar: Das knappe Streifen der absoluten Mehrheit im Jahr 2013 verdankte die Union nicht etwa einer Wiederauflage von Kohls „geistig-moralischer Wende“, sondern ihrer – diplomatisch ausgedrückt – programmatisch vagen Gestalt zur Halbzeit der Merkel-Kanzlerschaft. Die programmatische Selbstrelativierung nahm ihren Ausdruck im Wahlkampfslogan von 2017: #fedidwgugl (Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.) Die Bundestagswahl war zugleich das Durchbruchsjahr für die AfD im Bund. Acht Jahre nach der bundespolitischen Konsolidierung des AfD-Erfolgs scheint sich die Reflexion der neuen Realitäten weitgehend im Kreis zu drehen.

Der folgende Essay will ein konstruktiver Dienst an diesem überfälligen und zwingend notwendigen Selbstvergewisserungsprozess sein und versteht sich anhand ausgewählter Themen gleichsam als Gesprächseinladung. Der Christdemokratie obliegt die prädestinierte Aufgabe der Zentrierung von Debatten und Interessen. Die Gestalt des Landes, der Debatten, der Demokratie ist mitabhängig davon, ob die Christdemokratie diesen Auftrag erneuert ernstnimmt. Der Essay stellt ein offenes Ringen um die Gestalt eines im weitesten Sinne „konservativen Profils“ dar. Dabei kann es nicht darum gehen, von einer idealisierten oder gar romantisierten Gestalt her zu denken. Ziel ist es, die zwingenden Markierungspunkte cursorisch abzustecken, die für den notwendigen Selbstvergewisserungsprozess als unentbehrlich erachtet werden.

2. Ist Konservativismus ideologiekritisch? Über konservative Plausibilität

Wir sind es gewohnt, politische Differenzen als Differenzen konkurrierender Positionen im öffentlichen Raum zu charakterisieren. Politik, wie im Übrigen alle öffentlichen Diskurse, ist jedoch nicht einfachhin ein Wettbewerb von Positionen und technisch ausdifferenzierten Lösungsansätzen. Im politischen Diskurs werden Plausibilitäten gesetzt und verhandelt. Plausibilitäten bilden gewissermaßen das grammatikalische Fundament unseres Denkens, Entscheidens, Handelns, der persönlichen Lebensführung und der Gestaltung politischer Räume. Plausibilität betrifft im Wesentlichen die Bereiche Menschenbild und Weltanschauung. Auf diesem Boden nehmen die weiterführenden Prämissen ihre Gestalt an. Hier entscheidet sich vordiskursiv, durch welches Prisma wir die Gegenstände, die uns als *homo politicus* anvertraut sind, betrachten. Wir greifen immer in irgendeiner Weise, ob bewusst oder unbewusst, auf einen normativen, prämissenbeladenen Überbau zurück. Die Idee politischer Parteien ist, dass sie aus unterschiedlichen Plausibilitäten schöpfend politische Optionen in der Öffentlichkeit stark machen, diese popularisieren, und nach deren konkreter Umsetzung streben.

Umgekehrt gibt es die Neigung konservativer Milieus, sich als *a priori* ideologiefrei zu bezeichnen. Ihnen zufolge sei Konservativismus eher eine Haltung, ein Habitus. Konservative Politik bestehe demnach aus einem realistischen Pragmatismus, angeleitet aus einem gesunden Menschenverstand, der sich von ideologieaffizierten Ansätzen unterscheidet.¹ Diese Eigenart des politischen Grundverständnisses machte sich traditionell das sogenannte „bürgerliche Lager“ in Deutschland zu eigen und dieses Narrativ wird als Erwartung in der öffentlichen Debatte auch an die Politik zurückadressiert. In Berufung auf dieses Narrativ haben bisweilen schon prominente CDU-Mitglieder in sozialen Medien gegen die Präsenz von Geisteswissenschaften an Universitäten polemisiert.

Hier scheint Selbstaufklärung vonnöten. Die Suggestion einer vor-ideologischen, vor-prämissenhaften „politischen Wirklichkeit“, die gewissermaßen von inneren und äußeren Notwendigkeiten determiniert sei, ist zunächst selbst eine Idee und oben drauf eine unehrliche. Um Missverständnissen vorzubeugen: Damit ist keinesfalls gemeint, in den Chor des postmodernen Konstruktivismus miteinstimmen zu müssen. Gemeint ist zunächst, sich von der Naivität eines selbstgründenden „das ist nun mal so“ zu verabschieden. Niemand kann ernsthaft die Neigung leugnen, das Konglomerat der eigenen (Vor-)Urteile über die Wirklichkeit mit dem realen Sein selbst zu verwechseln. Der vielbeschworene Pragmatismus erweist nicht selten als eine Art neuzeitlichen Szientismus bzw. als Ausdruck einer instrumentellen Vernunft, die mit der weltanschaulichen Grammatik eines technokratischen *um-zu* operiert. Diese naive Form des Realismus übersieht die Wechselwirkung zwischen Politik und Gesellschaftsgestalt sowie zwischen Politik und Moral.

Trotzdem ist der Konservativismus ein Realismus durch seine Bezogenheit auf die realen Gegebenheiten. Die realen Gegebenheiten sind für ihn keine politische Verfügungsmasse. Sie sind kein zu gestaltendes Gegenüber einer deduktiven Theorie oder Ideologie. Über die Frage, ob der Konservativismus selbst eine Ideologie sei, wird in der Theorie

1. Vgl. Biebricher 2018, S. 17.

gestritten. Der Existenz ideologiefreier politischer Handlungen gegenüber wurde eben bereits Skepsis geäußert. Ein Alleinstellungsmerkmal konservativen Denkens gegenüber allen anderen abendländisch etablierten politischen Denkformen scheint in seiner mangelnden Deduktionsfähigkeit zu liegen. Sprich, aus dem politischen Überbau sind keine mittelbar eindeutigen politischen Ziele abzuleiten. Dadurch ist der Konservatismus einerseits erstaunlich offen und gleichsam zur Beliebigkeit neigend. Diese Einheit aus Fluch und Segen bleibt kaum auflösbar. Die Christdemokratie hat sich durch den Verweis auf eine religiöse Tradition hierfür bewusst einen Rahmen gegeben. In Zeiten, in denen die Kirchen selbst keine einheitliche Botschaft mehr formulieren können, leidet konsequenterweise auch die selbstdisziplinierende Bedeutung des „C“.

Die meisten Spielarten linken politischen Denkens sind *teleologisch* geprägt. Sie gehen von einem hegelianisch-marxistischen geschichtlichen Fortschrittdenken aus. Dies drückt sich heute in der Selbstzuschreibung „progressiv“ aus. Das Ziel politischer Handlungen sei die Verwirklichung von ausstehenden Zuständen (Gerechtigkeit, Gleichheit etc.). Von den erstrebten Zielen her sind die geeigneten politischen Maßnahmen quasi technisch abzuleiten. Der klassische Liberalismus mag weniger teleologisch verfahren. Aber auch er ist vom aufklärerischen Ideal einer Fortschreitung wechselseitiger Freiheiten geprägt. Die Verwirklichung zunehmender Freiheitsräume gibt eine klare, deduktive Handlungsstruktur. Sein deduktives Prinzip ist im Vergleich zu den linken Variationen, weniger positiv, denn negativ bestimmt. Selbst der Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die verschiedenen zeitgenössischen Neo-Nationalismen sind von einer progressiven Verwirklichungsvision bestimmt. Dieser Kurzbefund ist gewiss im Einzelnen differenzierungswürdig, aber er markiert eine entscheidende Differenz zum klassischen Konservatismus. Der Konservative verfügt über keine *deduktive* Idee. Das ist zugleich seine Tragödie im massenmedialen Zeitalter. Denn er hat auch keine geeigneten Parolen oder Kurzformeln, die sich im Rahmen der ultrakurzen Aufmerksamkeitsspannen kommunizieren ließen. Der Sozialdemokrat kann sich „Gerechtigkeit!“ auf die Plakate schreiben, der Liberale „Freiheit!“, der Nationalist im Zweifel „Deutschland den Deutschen!“. Der Konservative verfügt über keine solcher pathetischen Parolen und er neigt dazu, sich regelmäßig lächerlich zu machen, wenn er es dennoch versucht. Damit ist der Konservative zugleich in den öffentlichen Diskussionsformaten grundsätzlich unterlegen, denn er kann kein unmittelbar affirmationsfähiges Narrativ vorschieben. Er kann kein Pathos in einer Talkshow beschwören und auch keine Bewegung mobilisieren.

Daraus folgt gleichsam, dass sich eine konservativ verstehende Partei auf dem Markt politischer Marktschreierei gar nicht erst behaupten kann. Es entspricht nicht ihrem politischen Koordinatensystem und es verwirrt zugleich ein Elektorat, welches gegenüber übermäßigem Pathos und Parolen kritisch eingestellt ist. Der Gründungsmoment der deutschen Christdemokratie fußt nicht auf einer ideologischen Zusammenführung. Die Unionsparteien gründen auf einer Sammlungsbewegung stark glaubensgeprägter Milieus mit einem ausdrücklichen antiideologischen Affekt. Die Gründung der C-Parteien ist – geistesgeschichtlich etwas stilisiert – eine Antwort auf die Barbareien totalitärer Ideologien in Europa und den Zusammenbruch des NS-Staates. Das „C“ steht auch für das implizite Bekenntnis, dass Politik selbst nicht erlösen kann. Politik verhandelt lediglich die vorletzten Fragen des Menschen und der Welt, nicht die letzten. Politische Erlösungsangebote sind – theologisch gesprochen – eine Form säkularisierter, immanentischer Soteriologie. Die implizite und

explizite Distanzierung von solchen Projekten sollte im Zeitalter neuer politischer Theologien auf dem globalen Markt dringend wieder in den Fokus der C-Parteien geraten. Im Umkehrschluss sind die Kirchen dringend angefragt, ihre Prioritäten in der Verkündigung zu überdenken. Wenn Kirchen die Sache der Religion zugunsten der der Politik vernachlässigen, dann kann es nicht wundern, dass Politik sich der freiwerdenden Sache der Religion annimmt.

3. Gabe als Aufgabe: Die Grundformel des Konservativismus

Im 18. Jahrhundert wandelte sich das politisch-intellektuelle Verhältnis des Menschen gegenüber der Geschichte sukzessiv. Die Vorstellung einer gewissermaßen fatalistischen gottgewollten Geschichte, die es passiv zu ertragen gelte, bekam Konkurrenz von der alternativen Vorstellung, Geschichte müsse ein Gegenstand aktiver Gestaltung sein.² Diese neue Emanzipation über den Lauf der Dinge fand ihren ersten großen experimentellen Niederschlag in der Französischen Revolution. Ein Ereignis, das von Anfang an als emanzipativer Durchbruch der Moderne einerseits und als barbarische Disruption andererseits polarisierend gedeutet wurde.

In der Französischen Revolution wird beinahe mythologisch ein Grundkonflikt des modernen Menschen sichtbar. Die dazugehörige Gretchenfrage lautet: „Wie hältst du es mit der Tradition?“ Tradition als Raum des Herkünftigen genießt einen ambivalenten Ruf. Dem Gedanken, im Herkünftigen eine wie auch immer verstandene Autorität für Gegenwart und Zukunft zu erblicken, wird heute so intensiv wie wohl noch nie zuvor in der Geschichte mit einer Hermeneutik des Misstrauens begegnet. Herkunft ist konkret, beschrieben, verbraucht, in ihren Defiziten transparent. Das Künftige ist jungfräulich, offen, ein Raum buchstäblich aller Möglichkeiten. Das Künftige ist das stets Anfanghafte, dem – so lehrt uns Hesse – ein Zauber innewohnt, „der uns beschützt und der uns hilft, zu leben.“

„Die Menschheit liebt es, die Fragen über Herkunft und Anfänge sich aus dem Sinn zu schlagen: muss man nicht fast entmenschet sein, um den entgegengesetzten Hang in sich zu spüren?“³ So fragt Nietzsche und skizziert einen Grundton des modernen Menschen. Der moderne und spätmoderne Mensch versteht sich Heideggerisch gesprochen als nach vorne geworfene Existenz. Man fürchtet sich, der Zukunft die Offenheit und Eigenständigkeit zu rauben, wenn die Vergangenheit nachwirkt. Zukunft scheint selbstbestimmt, die Herkunft aber als Schatten der Fremdbestimmung. In der Revolutionsanthropologie müsse der Mensch „gleichsam umgetopft und aus der Gegenwart in die künftigen Zustände umgepflanzt werden, weil er im festgetretenen heimischen Boden leicht verkommt.“⁴ Solche Gedanken sind nicht gänzlich unplausibel. Die Frage ist, welchen therapeutischen Weg man geht, den der *integrierenden* Heilung *an der Wurzel* oder den der *disruptiven* Heilung *von der Wurzel*.

2. Vgl. Jaspers 1979, S. 9.

3. Nietzsche 1988, S. 24.

4. Sloterdijk 2024, S. 138.

Konservativem Denken ist das disruptive Element grundsätzlich fremd. Ein Konservativer erkennt im Herkünftigen nicht bloß die kausale Bedingung seiner selbst, sondern versteht sie als konstituives Sinnelement seiner selbst und der gesellschaftlich-kulturellen Wirklichkeit. Ein Konservativer steht der Tradition nicht gegenüber, sondern in ihr. Er hat einen identitären Bezug sowohl zur Familiengeschichte, zur Heimat, zur mittelalterlichen Sakralarchitektur, zur Geistes- und Literaturgeschichte, aber auch zu den Barbareien des 20. Jahrhunderts. Sowohl *woke cancel culture* wie rechtsextreme Schlussstriche unter die Geschichte sind ihm intuitiv fremd. Er lässt sich von den prägenden Ereignissen, den erhabenen wie den erschreckenden affizieren und gestaltet politische Wirklichkeit so, dass diese Bezüge als identitäre Fundamente sichtbar und wirksam bleiben.

Die zeitgenössische Linke geht verstärkt den Weg eines traditionslosen Soziologismus. Paradigmatisch ausgedrückt heißt es dann: Jede Zeit und jede Gesellschaft müssen sich neu sortieren und konstituieren. In der Tat ringt jede freie Gesellschaft unter der der Einwirkung neuer demographischer Realitäten und äußerer Einflüsse um ihr Zusammenwirken. Wenn Konservative ein Thema im letzten Jahrzehnt bewegt hat, dann das der Migration. Dass sich demoskopisch betrachtet in Deutschland der große Optimismus von 2015 in überwiegende Skepsis gewandelt hat, ist kein bloßer Wandel der moralischen Haltung, sondern folgt einer Erfahrungseinsicht, die diesen Soziologismus infragestellt. Die Erfahrung hat uns gezeigt, dass verschiedene Selbstverständnisse in Form unterschiedlicher Kulturtechniken nicht einfach durch gemeinsames Aushandeln harmonisierbar sind. Menschen stehen in verschiedenen tradierten Bezüglichkeiten, Loyalitäten und gewachsenen Plausibilitäten. Erst der Kontrast lehrt uns, dass solche Bezüglichkeiten nicht beliebig pluralisierbar sind, ohne dass sie eine Gesellschaft zu dezentrierten beginnen. Schmerzhaft deutlich wurde dies, als nach dem 7. Oktober 2023 selbst gut integrierte arabischstämmige Mitbürger ihren zynischen Antisemitismus auf den Straßen deutscher Großstädte zelebrierten. Wir haben Kulturtechniken entwickelt, mit dem „hauseigenen“ Antisemitismus umzugehen. Dem eingewanderten stehen wir bis heute unsouverän gegenüber, weil wir auf keine gemeinsame Bezüglichkeit der Betroffenheit zugreifen können.

Man muss die Luhmannsche These nicht ablehnen, dernach „sich die Gesellschaft permanent autonom reproduziert, indem sie Sinn schafft.“⁵ Ihr ist hinzuzufügen, dass Gesellschaft Sinn nicht nur schafft, sondern zugleich in Sinntraditionen steht. Das zentrierende konservative Moment besteht schlichtweg darin, beide Sinnelemente nicht gegeneinander auszuspielen, sondern als notwendig integrales und aufeinander normativ bezogenes Moment aufzufassen.

5. Dalferth 2002, S. 24.

4. Konservativismus als eigenständiger Humanismus

Damit kommt ein konstitutives Element eines konservativen Menschenbildes zutage: Menschen und Gesellschaften stehen nicht nur in einer soziologischen Horizontalen, sondern auch in einer tradierten Vertikalen. Tradition verlangt keine unkritische Affirmation. Allerdings wäre es buchstäblich selbstvergessen, zu glauben, auf Tradition nicht responsiv gespannt zu sein. Der Mensch ist einer, der sich zu seiner Herkunft immer schon verhält. So zu tun, als ob diese Dimension irrelevant wäre, beraubt den Menschen seines vertikalen Sitzes im Leben. In dieser anthropologischen Einsicht liegt der spezifisch konservative Beitrag für den Humanismus der Gegenwart.

Eine konservative Partei kann daher auch eine pluralistisch konservative sein. Sie konserviert keine bestimmte Gestalt, sondern lebt aus einem organischen Bezug zur Tradition. Die positive Traditionskultur, die alle Stränge des Konservativismus prägt, kann verschiedene und bisweilen höchstproblematische Gestalten annehmen. Die Gefahr einer solchen Neigung ist inhärent. Sie drückt sich etwa darin aus, Herkunft ästhetisch aufzuladen. Diese Neigung hat historisch dunkle Seiten mitzuverantworten. Heute stehen Konservative wieder am Kipppunkt – manche Gestalten noch vor ihm, manche sind schon ins Problematische gekippt. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es kann nicht darum gehen, Wurzeln romantisch zu überhöhen. Die eigenen Wurzeln, biographisch wie politisch, können buchstäblich furchtbar sein. Und selbst dann sind sie immer auch der Horizont, in dem jeder von uns sich aufgeben ist.

Die positive Affirmation von Tradition und Herkunft ist zunächst einmal attraktiv für diejenigen, die von ihrer Herkunft privilegiert sind – sowohl materiell wie familiär-biographisch. Wer solche Erfahrungen nicht die eigenen nennen kann, wird sich schwieriger tun, dem Herkünftigen eine Haltung der Loyalität entgegenzubringen. Das spiegelt sich in der Soziologie der Wählermilieus klassisch wider. Dass konservative Parteien als Interessenvertreter des Besitzbürgertums erfahren werden, ist keine Karikatur, sondern eine Faktizität, die dieses Milieu in allen gestandenen westlichen Demokratien auszeichnet. Die zeitgenössischen konservativen Milieus des ehemaligen Ostblocks unterscheiden sich davon allerdings erkennbar. Es gibt dort keinen bzw. kaum einen breiten organisch gewachsenen Besitzstand. Darum haben wir es in den betroffenen Ländern öfter mit einem weltanschaulichen Konservativismus zu tun, der wirtschafts- und sozialpolitisch bisweilen die Linken links überholt. Paradigmatisch ließe sich das Phänomen am Beispiel der polnischen PiS aufzeigen.

Ein Konservativismus, der sich primär mit den Besitzinteressen der Bourgeoisie identifiziert, verkennt seine Aufgabe, eine weltanschauliche Option zu sein. Auch deswegen tun sich Konservative keinen Gefallen, wenn sie glauben, der weltanschaulichen Diskussion oder gar der Moralisierung der Politik enthoben zu sein. Ist die für sich reklamierte ideologische Entzogenheit nicht allzu oft eine euphemistische Reformulierung einer Neigung zum Nihilismus und Opportunismus? Heute werden wieder Analogien zu Weimarer Verhältnissen gezogen. Über das Für und Wider historischer Analogien mag man diskutieren. Tatsächlich mahnt die späte Weimarer Republik aber gerade das konservative Bürgertum vor den Konsequenzen einer moralisch enthemmten, prinzipienopportunen Bourgeoisie.

Daran zu erinnern ist heute hochaktuell, denn ein moralischer Zynismus in Gestalt von Rhetorik und Programmatik affiziert seit Jahren konservative Milieus der demokratisch verfassten Welt. Es gibt diverse Erklärungsversuche, wie eine staatstragende *Grand Old Party*,

die stets Wert auf moralisch tugendhafte Lebensläufe ihres Spitzenpersonals wert gelegt hat, binnen weniger Jahre dem Trumpismus erlegen ist. Ein Phänomen, das vor 20 Jahren undenkbar gewesen wäre und die Phantasie jedes Karikaturisten gesprengt hätte. Die amerikanischen Republikaner offenbaren in einer beispielhaften und prominent repräsentierten Dichte, was verschiedenorts auf der Welt Nachahmung findet. Dieser neue Zynismus ist ein Nihilismus. Anstatt Werte, Identitäten und Traditionen gegen Anfragen zu verteidigen, bewirkt er das genaue Gegenteil.

Manche Beobachter meinen, dass Mitte-Rechts-Parteien nur eine Zukunft hätten, in dem sie sich entweder als programmatisch dehnbare Zentrum organisieren oder als populistische Formation radikalieren. Womöglich ist das aus demoskopischem Kalkül richtig. An der unausgesprochenen Grundfrage der Unionsparteien, ob man eine Partei der Macht oder eine Partei des Programms sein möchte, führt kein Weg vorbei.

Für die Macht-Option steht die Merkel-Ära symbolisch. Konservatismus entsprach gemäß gängigem Narrativ der 2010er Jahre der biblisch-paulinischen Haltung „alles zu prüfen und das Gute zu bewahren“. Subtiler wurde Konservatismus bisher nur selten relativiert. Rechts der Christdemokratie wirbt eine AfD unter anderem damit, in Abgrenzung dazu ein genuin bürgerlich-konservatives Programm restaurieren zu wollen. Stellvertretend für viele rechtspopulistische Optionen auf dem politischen Weltmarkt nötigt einen die AfD dazu, dringend die Frage nach einem Ethos des Konservatismus zu stellen. Der Neomarxist Max Horkheimer erkennt im „wahren Konservativen“ denjenigen, der die Trennungslinie „[z]wischen Achtung und Verachtung des Lebendigen“ achtet.⁶ Dies unterscheidet ihn vom Nazi und Neonazi. Über politische Zuschreibungsbegriffe kann man streiten, über die Trennungslinie nicht. In Moment ihrer Überschreitung ist der Konservatismus kein Humanismus mehr, sondern dessen Gegenteil.

Was bedeutet das für den vieldiskutierten Umgang mit der AfD? Die sich rasant verändernden politischen Verhältnisse werfen die C-Parteien in die Zwickmühle. Diese Zwickmühlensituation in Gestalt der sogenannten „Brandmauer“ spielt sowohl dem linken Lager wie der AfD in die Hände. Will man weder mit der AfD kooperieren, noch Mehrheitsbeschaffer einer parlamentarisch rasant schrumpfenden Linken sein, befindet man sich in einem unstrittigen Zielkonflikt. Die Parteistrategen sind an dieser Stelle nicht zu beneiden. Dass sich eine integre bürgerlich-konservative, wertegestützte Politik neben einer parteipolitisch organisierten Kultur der Verachtung glaubwürdig behaupten könnte, scheint jedenfalls nach bestem Wissen und Gewissen ausgeschlossen.

Wenn vonseiten der AfD die Behauptung aufgestellt wird, sie vertrete das Profil der CDU der 1990er Jahre, so handelt es sich um eine vergiftete These. Gewiss vertritt die AfD Positionen, die ihren genuinen Sitz im Leben in der Christdemokratie hatten bzw. eigentlich haben. Man kann einzelne Positionen zur Familienpolitik etwa durchgehen und die konservative Lücke in der Union mit guten und plausiblen Gründen beklagen. Auch das kommt der politischen Linken entgegen, die konservative Positionen etwa zu Fragen der Familie oder des Lebensschutzes kaum widersprochen als rechtsextrem labeln kann. Die Behauptung, man teile mit der AfD kategorisch keine Positionen, ist in der Pauschalität nicht haltbar. Der entscheidende Einwand ist ein anderer: Positionen stehen nicht singulär für sich, sondern

6. Horkheimer 2008, S. 408-409.

sind in eine politische Kultur eingebettet. Von dieser Hintergrundkultur kognitiv zu abstrahieren, um einer singulären Position willen, ist politisch hochgradig naiv. Was es braucht, ist eine kulturelle Abgrenzung durch Souveränität und nicht die Sorge vor womöglich sich überlappenden Positionen.

5. Der öffentliche Kampf um Plausibilitätsstrukturen

Plausibilitäten sind nicht nur der normative Grund politischer Handlungen. Politische Debatten sind ja keinesfalls nur Debatten um Lösungen, sondern sie verhandeln zugleich Plausibilitäten. Plausibilitäten sind sowohl Grund wie auch Folge politischen Wirkens. Mit anderen Worten: Politik verhandelt Deutungshoheiten. Totalitäre Systeme demonstrieren unsubtil wie eine exzessive Politik der Plausibilitätssetzung funktioniert. Neben diesen exzessiven Formen gibt es freilich auch die subtilen Formen der Einwirkung auf Gesinnung innerhalb dessen, was wir als offene Gesellschaften bezeichnen. Diese unterscheiden sich im methodischen Grundsatz kaum. Öffentliche und öffentlichkeitswirksame Institutionen wie Bildungseinrichtungen, Gerichtsbarkeit und Medien setzen durch ihre strukturierende Wirksamkeit plausibilitätsgestaltende Dispositionen. Damit sind öffentliche Räume Orte eines Machtkampfes um Deutungshoheit und Deutungsgestaltung.

Der euphemistische Ausdruck hierfür lautet „Gesellschaftspolitik“. Dass dieser Begriff vor allem im Duktus der politischen Linken angesiedelt ist, ist kein Zufall. Das Bürgertum hat eine intrinsische Distanz gegenüber der Vorstellung, Gesellschaft sei Gegenstand von Politik. Vielmehr – das ist der subsidiäre Kerngehalt des Begriffs „bürgerlich“ – ist die Gesellschaft und sind insbesondere ihre Glieder selbst Subjekt der Politik. Insbesondere der klassische Liberalismus verlangt eine Zurückdrängung staatlich Deutungsmacht im öffentlichen Raum. Konservative haben in der frühen Bundesrepublik von den Deutungshoheiten öffentlicher Institutionen profitiert. Inzwischen blicken wir aber auf einen recht erfolgreichen „Marsch durch die Institutionen“ zurück. Waren in der Adenauer-Ära noch der Substanzkonservatismus und der Prozesskonservatismus kongruent, so stehen beide Formen heute oftmals in einem Zielkonflikt. Wer inhaltlichen Konservatismus forciert, hat die Institutionen nicht wie in der Anfangszeit der BRD für, sondern oft gegen sich.

Diese These wird meist als suggestiv zurückgewiesen. Wenn der Eindruck nicht täuscht, ist in den letzten Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten wenig von bürgerlicher Seite unternommen worden, um die Deutungsmuster der sich selbsternannten „progressiven Kräfte“ kritisch zu stellen. Der Erfolg von Ulf Poschardts monographischer Polemik *Shitbürgertum*⁷ scheint sich aus dem angestauten Frust eines Milieus zu speisen, das seine Interessen nur sehr defensiv vertreten sah. Frisch hat auch der Comedian Vince Ebert seinen entsprechenden Beitrag geleistet.⁸ Ob sich gerade eine neue literarische Gattung des bürgerlichen Unbehagens etabliert, wird sich zeigen. Ob diese bewusste Polemik den Ton bestimmen sollte, sei fraglich, aber sie mobilisiert ein Milieu, das seine öffentliche Repräsentanz aus ganz unterschiedlichen Gründen als defizitär erachtet. Parallel dazu hat die BR-Journalistin Julia Ruhs an verschiedenen Beispielen der deutschen Medienwelt die Mechanismen auf-

7. Vgl. Poschardt 2025.

8. Vgl. Ebert 2025.

gezeigt, wie Informationsauftrag und Agitation regelmäßig schwimmen.⁹ Sie beschreibt die Asymmetrie von linken und bürgerlichen Positionen in der Berichterstattung und beschreibt Framing-Strategien diverser Leitmedien. Wenn es eines Beweises für ihre Thesen bedürft hätte, dann wäre er in Gestalt „progressiver“ Reaktionen auf ihr Buch vorgelegt. Ruhs ist von der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) gleich zur Kulturkämpferin stilisiert worden.¹⁰

Die Metapher ist nicht zufällig: Konservative Kritik wird als Kampfansage aufgefasst. Die kritische Avantgarde von einst setzt auf dieselben Abwehrstrategien, mit denen sie einst selbst konfrontiert gewesen ist. Den regelmäßigen und aufmerksamen Konsumenten von *tagesschau.de* wird die journalistische Semantik nicht entgangen sein, die den Begriff „konservativ“ grundsätzlich in pejorativen Kontexten verwendet. Konservativ (gelegentlich gesteigert zu ultrakonservativ) kommt implizit oder explizit einher mit dem Attribut „umstritten“. Die Botschaft ist unübersehbar: Was konservativ ist, wird mal mehr und mal weniger mit einer Hermeneutik des Verdachts belegt. Ob man das Framing oder Haltungsjournalismus nennen mag, sei anderen Disziplinen überlassen. Das ethisch Problematische ist, wenn normative Wertungen als Teil der objektiven Faktizität suggeriert werden.

Normative Wertungen und Zuschreibungen sind keine inhärenten Eigenschaften eines Politikers oder eines politischen Angebots, sondern Attribute, die einer politisch-ethischen Begründung bedürfen. Unsere Debattenkultur scheint mittlerweile mit normativen Wertungen gespickt zu sein. Die notwendige intellektuelle Begründungsleistung aber wird übersprungen. Der empirische Nachweis kann hier nicht geleistet werden, doch dem Skeptiker sei exemplarisch eine beliebige öffentlich-rechtliche Dokumentation zum Thema Abtreibung im weitesten Sinne zur eigenen Analyse nahegelegt. Darin findet nie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Abtreibungskritikern statt. Stattdessen werden bereits die Titel der Dokumentationen mit „Glaubenskrieger“ oder ähnlichen Polemiken überschrieben.

Solche Fehlgriffe zu beklagen wäre genuine Aufgabe einer demokratischen konservativen Partei. Man überlässt die laute Kritik an solchen Fehlgriffen exklusiv der AfD und ihren digitalen Vorfeldorganisationen. Das hat oft zur Folge, dass als konservativ geltende Themen von der AfD widerspruchsfrei absorbiert werden. Sogar einige Vertreter der katholischen Kirche verzichten mittlerweile nach eigener Angabe, sich abtreibungskritisch zu äußern, um nicht den Falschen in die Hände zu spielen. Die eigenen Überzeugungen in den Hintergrund zu schieben, um nicht in unvorteilhafte Vergleiche gezogen zu werden, ist kein Zeichen der Klugheit, sondern der Unsouveränität. Die Wiedergewinnung einer Souveränität, die sich entschieden und mutig in die Paradigmendiskussion einmischt und sich gleichzeitig den reaktionären Versuchungen in Sprache und Programm demonstrativ entzieht, scheint ein Gebot der Stunde.

PROF. DR. DORIAN WINTER

ist Professor für Systematische Theologie an der
Katholischen Hochschule Freiburg.

9. Vgl. Ruhs 2025.

10. Rausch 2025.

Literaturverzeichnis

- Biebricher, Thomas: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservativismus, Berlin 2018.
- Dalferth, Ingolf U.: Die Krise der öffentlichen Vernunft. Über Demokratie, Urteilskraft und Gott, Leipzig 2002.
- Ebert, Vince: Wot Se Fack, Deutschland? Warum unsere Gefühle den Verstand verloren haben, München 2025.
- Horkheimer, Max: Der wahre Konservative, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt am Main 2008.
- Jaspers, Karl: Die geistige Situation der Zeit, Berlin / New York 1979.
- Nietzsche, Friedrich: Menschliches, Allzumenschliches. Ein Buch für freie Geister, in: Colli, Giorgio / Montinari,azzino (Hgg.): Sämtliche Werke, Bd. 2 (Menschliches, Allzumenschliches I und II), München / Berlin / New York 1988, S. 9-363.
- Poschardt, Ulf: Shitbürgertum, Neu-Isenburg 2025.
- Rausch, Thore: „Ich finde meine Meinung sehr normal“, in Süddeutsche Zeitung Online, <https://www.sueddeutsche.de/medien/julia-ruhs-ard-klar-afd-rundfunk-br-ndr-li.3296389?reduced=true>, 27.08.2025, abgerufen am 29.08.2025.
- Ruhs, Julia: Links-grüne Meinungsmacht. Die Spaltung unseres Landes, München 2025.
- Sloterdijk, Peter: Der Kontinent ohne Eigenschaften. Lesezeichen im Buch Europa, Berlin 2024.